



Foto: Steffen Kämmer

Regierungsprogramm

Deutsche Ampelkoalition für Klimaneutralität

Die Klima-, Umwelt- und Energiepolitik ist ein Kernpunkt für die neue Regierungskoalition in Deutschland. Die „Eröffnungsbilanz Klimaschutz“ unterstreicht diesen Umstand. Lesen Sie dazu und zum Koalitionsvertrag die folgende Analyse.

Zu SPD und FDP haben sich erstmals Bündnis 90/Die Grünen gesellt. Der Titel des gemeinsamen Koalitionsvertrags der „Ampel“ lautet „mehr Fortschritt wagen“.

Neuer Stil im Umgang miteinander

BeobachterInnen zeigten sich beeindruckt von dem Umstand, dass die Parteien sich während der Verhandlungen bis hin zur Vorstellung des Koalitionsvertrages an die vereinbarte Vertraulichkeit hielten und im Vorfeld äußerst wenig durchgesickert war. Dies sei ein Zeichen für Seriosität und spräche für die Bildung eines Vertrauensverhältnisses zwischen den Koalitionären. Sprachlich wird der Koalitionsvertrag wohl nicht in die engere Auswahl für den Georg-Büchner-Preis kommen. Genregemäß folgt auf den 177 Seiten eine Absichtserklärung der anderen: „Wir werden“, „wir wollen“, „wir schaffen“, „wir fördern“, „wir setzen uns ein“ usw. Und trotzdem schimmert aus der Dichte der Vorhaben eine um Kohärenz bemühte Ernsthaftigkeit durch. Nach Koalitionsverhandlungen ist zudem die Frage üblich, wer sich denn nun durchgesetzt habe: Wofür steht die Ampel denn eigentlich? Auch hier scheinen die Koalitionäre um Ausgleich bemüht, was mitunter in einer begrifflichen Dreiteilung Ausdruck findet. So ist „Mehr Fortschritt

wagen“ untertitelt mit „Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“. Auch in dem Kernbegriff „sozial-ökologische Marktwirtschaft“ soll sich jeder der drei Koalitionspartner wiederfinden können.

Kompetenzverteilung spiegelt Ampelfarben wider

Die FDP – so wird berichtet – musste den weitesten Weg in Richtung der anderen beiden zurücklegen. Dennoch ist im Koalitionsvertrag vieles festgeschrieben, womit Christian Lindner, der neue Finanzminister und stellvertretende Vizekanzler, zufrieden sein kann. Die Ampelkoalition bekennt sich zu der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse. Zudem trägt der Einstieg in die Kapitaldeckung der gesetzlichen Rente klar die Handschrift der Freien Demokraten. Im Gegenzug hat man der von der SPD geforderten Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro zugestimmt. Weiters findet sich im Koalitionsvertrag kein Ausschluss von Steuererhöhungen; selbst wenn das sicherlich nicht bereits die Zustimmung der FDP zu solchen bedeutet. Die SPD ließ sich das wiedereingesetzte Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen anvertrauen und will das Thema Wohnen nun viel weiter in den Fokus rücken; es sollen jährlich weit mehr Wohnungen als bisher gebaut werden und auch an der Problematik der Miethöhen sei



man dran. Hartz IV soll in Richtung eines sogenannten Bürgergeldes reformiert werden. Weit weniger schwierig sollte den Koalitionären die Einigung auf höhere Investitionen in Bildung und Innovation gefallen sein. Auch in der Außenpolitik, der Legalisierung von Cannabis und der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre dürften etwaige Konfliktlinien recht schnell überwunden worden sein – wobei die Senkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen einer Grundgesetzänderung und damit einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag bedarf, über die die Koalitionäre nicht verfügen.

Klima, Umwelt und Energie in grüner Hand

Auch die Grünen dürften mit dem Koalitionsvertrag weitgehend zufrieden sein, segnete doch auch bei der Urabstimmung eine große Mehrheit den Koalitionsvertrag und die grünen Personalien ab. Tatsächlich besetzen die Grünen alle für die Umwelt- und Energiepolitik zentralen Ministerien mit Ausnahme des Verkehrsministeriums, welches der FDP zukam. Vizeminister Robert Habeck übernahm das „Superministerium“ für Wirtschaft und Klimaschutz, das auch für Energiethemen zuständig ist. Steffi Lemke wurde mit den Bereichen Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz betraut, während Cem Özdemir im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft Einzug gehalten hat. Annalena Baerbock ist deutsche Außenministerin, was ihrer Auslegung nach die internationalen Aspekte der Umwelt-, Klima- und Energiepolitik mitumfasst, derer es ja nicht gerade mangelt.

1,5-Grad-Pfad, Klimacheck von Gesetzen und 80 Prozent Erneuerbarenstrom

An den allgemeinen Zielvorgaben halten die Koalitionäre jedenfalls fest: Sie bekennen sich dazu, die globale Erwärmung auf möglichst 1,5 Grad zu begrenzen und auch am Ziel die Treibhausgasneutralität bis spätestens 2045 erreichen zu wollen, wird nicht gerüttelt. Anstatt neue, schärfere Ziele zu verkünden, wolle man glaubwürdige Maßnahmen setzen, um die bisherigen Vorgaben zu erreichen. Spitzfindige KommentatorInnen finden es zudem bezeichnend, dass die Ampelkoalition ihre Klima-, Energie- und Wirtschaftspolitik auf den 1,5-Grad-Pfad ausrichten möchte – bisher war in der Diktion der Grünen stets vom 1,5-Grad-Ziel die Rede. Im Klimaschutz-Kapitel des Koalitionsvertrags ist schon sehr früh zu lesen, dass ökonomische Entwicklung und ökologische Verantwortung zusammen gedacht werden müssen. Das Klimaschutzgesetz, bei dem nicht zu unterschätzen ist, wie viel zusätzliches Gewicht ihm durch den umstrittenen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 24. März 2021 verliehen wurde, soll noch 2022 konsequent weiterentwickelt werden. Im Koalitionsvertrag ist gleich im Anschluss von einem verpflichtenden „Klimacheck“ aller Gesetzesentwürfe zu lesen. Ein weiteres Ziel gibt der

Koalitionsvertrag aber doch noch vor: Bis zum Jahr 2030 sollen 80 Prozent des deutschen Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden.

„Eröffnungsbilanz Klimaschutz“ des BMWK

Das Kapitel zur Umwelt-, Klima- und Energiepolitik liest sich aber am besten zusammen mit der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) im Jänner 2022 präsentierten „Eröffnungsbilanz Klimaschutz“. Das im Koalitionsvertrag mehrmals erwähnte Klimaschutz-Sofortprogramm soll bis Ende 2022 alle für die Zielerreichung notwendigen Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen auf den Weg bringen.

Klimaschutz-Sofortprogramm

Im Wesentlichen betreffen die Ausführungen des Koalitionsvertrags, der Eröffnungsbilanz und in weiterer Folge die Maßnahmen des Sofortprogramms den Zeithorizont bis 2030. Da die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen in allen Sektoren unzureichend sind, bedarf es bis dahin einer Verdreifachung der bisherigen Geschwindigkeit der Emissionsminderung. Die Eröffnungsbilanz nimmt hier insbesondere die Energiewirtschaft in die Pflicht, die bis 2030 den Großteil der nationalen Energieziele zu erbringen hat, zumal sie auch mit rund 30 Prozent für den größten Anteil der Emissionen in Deutschland verantwortlich zeichnet. Der Strombedarf für 2030 wurde bisher systematisch unterschätzt. Um auf den 1,5-Grad-Pfad zu gelangen, werden jedenfalls der massive Ausbau der erneuerbaren Energie, die Steigerung der Energieeffizienz sowie die Neuausrichtung der Industriepolitik auf das Ziel der Klimaneutralität als zentrale Bausteine genannt.

Zukunft konventioneller Energieträger

Der Atomausstieg ist in Deutschland schon länger beschlossene Sache; Ende 2022 werden auch die letzten Atomkraftwerke abgeschaltet. In diesem Punkt merkt die Eröffnungsbilanz an, dass bisher zwar für die Versorgungssicherheit vorgeplant wurde, jedoch nicht mit Blick auf die CO₂-Emissionen. Darum könnte es kurzfristig zu steigenden CO₂-Emissionen kommen. Der Kohleausstieg soll bis 2030 vollbracht werden, mit dem Zusatz „idealerweise“. Der Ausstieg aus der fossilen Gasnutzung soll erst in einem dritten Schritt sukzessive erfolgen. Der Koalitionsvertrag hält fest, dass Erdgas für eine Übergangszeit unverzichtbar ist. Darum soll bis zur Versorgungssicherheit durch erneuerbare Energien die Errichtung moderner Gaskraftwerke vorangetrieben werden, vorausgesetzt sie können im Anschluss auf klimaneutrale Gase (konkret: Wasserstoff) umgestellt werden.

Ausbau von erneuerbarem Strom

Wind- und Solarenergie sollen in den nächsten Jahren massiv ausgebaut werden. Gesetzlich soll das Ziel

verankert werden, alle geeigneten Dachflächen künftig für die Solarenergie zu nutzen. Bei gewerblichen Neubauten soll dies verpflichtend werden, bei privaten Neubauten „die Regel“. Weil die Windenergie auf See zurzeit in einem Konkurrenzverhältnis zu anderen Nutzungsformen steht, soll ihr in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) Priorität eingeräumt werden. Den beschleunigten Ausbau der Windenergie an Land identifiziert die Eröffnungsbilanz als eine der größten Herausforderungen der Energiewende. Hauptproblem ist die fehlende Verfügbarkeit von Flächen. Die Koalition will in diesem Zusammenhang 2 statt bisher 0,8 Prozent der Landesflächen für die Windenergie ausweisen. In der praktischen Umsetzung wird bei Ländern und Kommunen jedoch noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten sein.

Verfahrensbeschleunigung

Die Koalitionäre scheinen sich dessen bewusst zu sein, dass für ihr Vorhaben einer drastischen Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien alle Hürden und Hemmnisse möglichst aus dem Weg geräumt werden müssen. Anders ausgedrückt: Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen stark beschleunigt werden, was insbesondere für den eben erwähnten Ausbau der Windenergie von zentraler Bedeutung ist. Freilich wird auf die Verbesserung der personellen und technischen Ausstattung der Behörden gesetzt.

Netzausbau

Die Pläne zur Verfahrensbeschleunigung sollen genauso für den notwendigen Ausbau sowohl der Übertragungs- als auch Verteilnetze gelten, wo nach aktuellem Stand erhebliche Verspätungen drohen: Von den 12.241 geplanten Ausbaukilometern sind 9.718 noch vor bzw. im Genehmigungsverfahren. In der Eröffnungsbilanz wird zudem eingemahnt, die Netze für Strom, Erdgas, Wasserstoff und Wärme gemeinsam im Rahmen einer Systementwicklungsstrategie zu planen, statt – wie derzeit – unabhängig voneinander.

Ausbau von erneuerbarem Wasserstoff und Energiepartnerschaften

Die Eröffnungsbilanz ist hier unmissverständlich: „Wir werden auch langfristig auf gasförmige Energieträger („Moleküle“) zurückgreifen müssen, um unseren Energiebedarf zu decken. Hierzu gehört neben dem erforderlichen Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft auch der Import grüner Energie. Denn Deutschland wird auch langfristig seinen eigenen Energiebedarf nicht vollständig durch die inländische Produktion erneuerbarer Energien decken können und somit auf Energieimporte und verlässliche Geschäftsbeziehungen mit anderen Staaten und Akteuren angewiesen sein.“ Die Wasserstoffstrategie wird 2022 fortgeschrieben und

weiterentwickelt. Für das Jahr 2030 setzt man sich eine Elektrolysekapazität von rund 10 Gigawatt zum Ziel. Der erwähnte Ausbau der notwendigen Import- und Transportinfrastruktur soll vorangetrieben, und es sollen Energiepartnerschaften auf europäischer wie internationaler Ebene eingegangen werden. Der Koalitionsvertrag hebt zudem die Wichtigkeit einer einheitlichen Zertifizierung von Wasserstoff und seiner Folgeprodukte auf europäischer Ebene sowie die Stärkung europäischer Importpartnerschaften hervor.

Unzählige weitere Vorhaben

Alle weiteren in Koalitionsvertrag und Eröffnungsbilanz angeführten klima-, umwelt- und energiepolitischen Vorhaben der neuen deutschen Bundesregierung wiederzugeben, würde den Rahmen dieses Beitrags weit überschreiten. Ein paar weitere Eckpunkte können aber noch genannt werden:

- Zukünftig soll mehr in die Schiene als die Straße investiert werden, was einem Paradigmenwechsel gleichkommt.
- Die Elektromobilität soll stark vorangetrieben und die Ladeinfrastruktur schon vorab massiv ausgebaut werden.
- In der Mobilität wolle man sich für die Einführung einer EU-Schadstoffnorm Euro 7 einsetzen.
- In der Luftfahrt soll viel mehr auf synthetische Kraftstoffe gesetzt werden.
- Neben der Unterstützung für die EU-Vorhaben im Bereich Emissionshandel und Grenzausgleich wird mehrmals hervorgehoben, dass sich die Ampel für einen für alle Staaten offenen, internationalen Klimaclub einsetzen wird. ●

Nach Redaktionsschluss:

Inzwischen ist der Russland-Ukraine-Krieg ausgebrochen, der gerade im Energiebereich einige Prioritäten Deutschlands ändern könnte. So hat der Bundesminister Habeck bereits angedeutet, längere Laufzeiten von Kohle- und Atomkraftwerken in Deutschland nicht gänzlich auszuschließen. Trotz seiner Skepsis fügte der Grünen-Politiker hinzu, dass er eine Ausdehnung der Nutzung von Atomenergie in Deutschland nicht „ideologisch abwehren“ würde.
(Quelle: tagesschau.de 28.2.2022 – [Link](#))



Daniel Romanchenko MA (WKÖ)

daniel.romanchenko@wko.at